



Foto: Henning Schacht

NEWSLETTER SEPTEMBER 2020
FÜR AB, MIL, MSP & WÜ

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Urlaubsmonat August ist fast vorbei und viele von uns haben sich ihren Urlaub anders vorgestellt. Statt die längst gebuchte Flugreise anzutreten, waren oftmals Ziele im eigenen Land oder auch Balkonien angesagt. Die ganze Reisebranche kämpft derzeit ums Überleben, schließlich sind wir Deutschen Reiseweltmeister. Ich habe ein paar Tage Urlaub an einem Bergsee in Oberbayern verbracht. Radfahren, Schwimmen, Wandern füllten meinen Tag aus. Ich war völlig entkoppelt von Handy, Mail und sozialen Medien. Dafür habe ich mir auf der Hinfahrt Augsburg näher angeschaut. Die Fuggerei ist die älteste Sozialsiedlung der Welt – das hat mich sehr beeindruckt (siehe Foto).

Der 1. September ist für mich ein ganz besonderer Tag. Vor genau 37 Jahren habe ich meine Ausbildung zum Maschinenschlosser begonnen und ich kann mich an den heißen Sommertag im Würzburger Betriebswerk der damaligen Deutschen Bundesbahn noch genau erinnern. Am ersten Arbeitstag traten ALLE der Gewerkschaft bei. Neben Politik ist Eisenbahn meine ganz große Leidenschaft – bis heute.

Am 2. September beginnt in Berlin wieder der Politikbetrieb. In zehn Sitzungswochen und ein paar Klausurtagungen wartet bis Weihnachten ganz viel Arbeit auf mich. Ich freue mich auf die Arbeit und auf viele Begegnungen mit Euch. Hoffen wir, dass Corona dies zulässt.

Viel Spaß beim Lesen

Ihr/Euer 



Foto: Werner Schüring

S. 2: Mindestlohn

... muss auf 12 Euro steigen:
Hubertus Heil macht Tempo.



Foto: Bernd Rützel

S. 5: Bahnhöfe

Runde Tische, Geld vom Staat
und endlich mehr Service



Foto: Thomas Trutscke

Scholz kann Kanzler!

... mehr dazu in meinem
nächsten Newsletter!

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

09 | 2020

Foto: Henning Schacht

KLARTEXT

DEMOKRATIE FÄLLT NICHT VOM HIMMEL

Wie schwierig es ist, zu Rechtstaatlichkeit, freien Wahlen und demokratischer Mitbestimmung durch das Volk zu kommen, zeigt gerade die Lage in Belarus (ehem. Weißrussland). Die Menschen dort lassen es sich nicht mehr länger gefallen, betrogen zu werden. Die Demonstrierenden fordern eine Wiederholung der umstrittenen Präsidentenwahl vom 9. August und bezahlen einen sehr hohen Preis. Mit extremer Gewalt wurden Menschen zusammengeschlagen und gefoltert, nur weil sie etwas einfordern, was bei uns in der Demokratie selbstverständlich ist. Die Bilder, die wir im Fernsehen dazu gesehen haben, waren unerträglich. Und dabei sitzen wir nur zwei Flugstunden entfernt in unseren Wohnzimmereseln.

Ich wünsche den Menschen in Belarus, dass sie zusammenhalten und sich friedlich für ihre Rechte einsetzen können. Und ich erwarte, dass Präsident Lukaschenko keine Gewalt mehr ausübt. Dem Militär kommt hier eine wichtige Rolle zu: abzuwägen zwischen Gehorsam und Befehl auf der einen Seite und der Menschlichkeit auf der anderen. Alle Soldaten sind auch Väter, Brüder, Onkel.

Russland muss sich raushalten und den Konflikt nicht kleinreden, wie der Kreml es derzeit tut. Heiko Maas arbeitet daran, dass die EU mit einer Stimme spricht und klar macht, dass Gewalt nicht akzeptabel ist. Es ist aber auch richtig, dass der Westen sich raushält, was Nato- und EU-Erweiterung betrifft. Das würde dem Land nur schaden und einen Konflikt hervorrufen, wie er derzeit in der Ukraine seit Jahren besteht und das Land in zwei Teile spaltet.

Die Menschen in Belarus kämpfen derzeit um das, was wir hier in Deutschland schon lange haben und manche Zeitgenossen vielleicht gar nicht mehr richtig zu schätzen wissen. Hoffen wir das Beste.

WISSEN FÜR DIE WESTENTASCHE

MINDESTLOHN ERHÖHEN AUF 12 EURO

Im Mindestlohngesetz ist festgelegt: Nicht die Politik entscheidet über die Höhe, sondern die Tarifpartner. Daher gibt es die Mindestlohnkommission. Diese überprüft die Höhe des Mindestlohns und macht einen Vorschlag für dessen Erhöhung. Diesen Vorschlag beschließt dann der Deutsche Bundestag. Die Kommission muss prüfen, welche Höhe einen angemessenen Mindestschutz für die Beschäftigten bietet, faire Wettbewerbsbedingungen ermöglicht und die Beschäftigung nicht gefährdet. So die Vorgaben bisher.

Hubertus Heil will Vorgaben ändern

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil will diese Vorgaben an die Kommission ändern: Künftig soll sich der Mindestlohn stärker an der Entwicklung mittlerer Einkommen orientieren. Dies sorgt dann dafür, dass die Kommission schneller auf 12 Euro kommen kann.

Das ist die Mindestlohnkommission:

- 6 Vertreter*innen der Arbeitgeber (AG)
- 6 Vertreter*innen der Arbeitnehmer (AN)
- 2 Wissenschaftler*innen
(je 1 von AG und AN vorgeschlagen)
- 1 Vorsitzende*r

Die Mitglieder der Mindestlohnkommission werden alle fünf Jahre neu berufen. Wer die Mitglieder sind, erfahren Sie auf www.mindestlohn-kommission.de.

Höhere Löhne durch Tarifverträge:

Der Mindestlohn kann aber immer nur eine Untergrenze sein. Wenn wir zu fairen Löhnen kommen wollen, gerade für diejenigen, die jetzt immer als Helden des Alltags gefeiert werden, brauchen wir Anreize für mehr Tarifbindung. Wo ein Tarifvertrag ist, sind die Löhne und Gehälter in der Regel besser. Auch dazu wird Heil im Herbst konkrete Vorschläge machen. Ein Vorschlag: ein bundesweites Tariftreugesetz (siehe S. 3).





ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE NUR BEI TARIFVERTRAG!

Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen gibt es dort, wo sich starke Gewerkschaften gemeinsam mit Arbeitgebern auf vernünftige Tarifverträge einigen. Dieses Erfolgsmodell muss in unserem Land wieder zur Regel werden! Der Staat sollte verantwortungsbewusste Unternehmen belohnen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ordentlich bezahlen. Viele (SPD-regierte) Bundesländer vergeben Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen. Auf Bundesebene gibt es so ein Gesetz noch nicht. Die SPD kämpft bereits seit langem für eine solche Tariftreuregelung im Bund. Ich finde nicht, dass wir mit Steuergeld noch Tariffucht unterstützen sollten.



RENTE AB 70? NICHT MIT UNS!

Erst mit 70 Jahren in Rente? Das empfiehlt eine Kommission, die der Arbeitgeberverband zur „Zukunft der Sozialversicherung“ eingesetzt hat. Sie fordern, das Renteneintrittsalter ab 2031 schrittweise zu erhöhen: Die Menschen werden immer älter, dann sollen sie auch länger arbeiten. Das Rentenalter läge dann ab 2040 bei 68 Jahren, 2050 bei 69 Jahren und 2060 bei 70 Jahren.

Nicht mit uns! Wer wenig Einkommen hat, lebt in der Regel kürzer. Wenn dann noch das Renteneintrittsalter erhöht wird, hat man nichts mehr von den eingezahlten Beiträgen. Deswegen sind wir als SPD-Fraktion gegen eine Rente mit 70!

LÄNGERE KURZARBEIT

Kurzarbeit ist ein Garant für wirtschaftlich schwere Zeiten. Schon 2008/09 hat sie uns durch die Krise gebracht. Auch in der jetzigen Pandemie schützt die Kurzarbeit die Beschäftigten, dass sie nicht arbeitslos werden. Kurzarbeit hilft den Unternehmen, dass sie ihr Personal an Bord behalten können, um wieder durchzustarten. Die SPD hat die Verlängerung der Kurzarbeit nun durchgesetzt. Jetzt können bis zu 24 Monate Kurzarbeitergeld bezahlt werden. Die SPD hat das Kurzarbeitergeld erhöht, und auch das wird nun bis 31.12.2021 so bleiben. Alle Erleichterungen, die Übernahme der Sozialbeiträge, Steuererleichterungen und höhere Hinzuverdienstgrenzen werden ebenfalls bis zum Ende 2021 verlängert. Die SPD hilft durch die Krise. Auf die SPD ist Verlass. Ja, das kostet viel Geld. Der Bundeshaushalt wird damit um mehrere Milliarden belastet. Aber Arbeitslosigkeit und Firmenpleiten sind teurer. Deshalb ist diese Maßnahme richtig und sogar geboten.

STREIKRECHT GESTÄRKT!

Der Online-Konzern Amazon ist mit Verfassungsbeschwerden gegen Streiks auf seinen Betriebsparkplätzen gescheitert. Ich finde das sehr gut und das Zeichen des Verfassungsgerichts ist klar: Beschäftigte und Gewerkschaften dürfen von Betrieben nicht ausgesperrt werden. Das Streikrecht gilt. Amazon macht starke Umsätze in Deutschland – gerade während Corona. Wer von unserer sozialen Marktwirtschaft in so hohem Maß profitiert, muss sich auch an die Spielregeln halten und Beschäftigte anständiger bezahlen. Ein Geschäftsmodell, das Schleuderpreise auf deren Rücken ermöglicht, schadet uns allen.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

09 | 2020

Foto: Henning Schacht

EUROPA IST DIE LÖSUNG

Corona hat Deutschland in eine wirtschaftliche Krise geführt. Nur gemeinsam in und mit Europa werden wir diese überwinden können.

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen: Der krisenbedingte Wirtschaftseinbruch ist historisch beispiellos. Wir werden uns aus dieser Krise nur mit langem Atem wieder einen Weg heraus bahnen können. Es zeigt sich aber auch: Das Konjunkturpaket der Bundesregierung beginnt zu wirken. Gerade auch dank der wuchtigen Konjunkturimpulse haben wir jetzt eine gute Chance, dass die wirtschaftliche Erholung rasch einsetzt. Dafür brauchen wir aber ganz dringend auch das europäische Wiederaufbauprogramm, das jetzt zügig zusammen mit einem ambitionierten Zukunftshaushalt der EU unter Dach und Fach gebracht werden muss. Investitionen in den Wiederaufbau in Europa sind gerade jetzt umso mehr auch Investitionen in die Zukunft unseres eigenen Landes.

MEHR ARBEITSSCHUTZ IN DER FLEISCHINDUSTRIE

Wir wollen den Gesetzentwurf von Arbeitsminister Hubertus Heil für mehr Arbeitsschutz in der Fleischindustrie schnell Gesetz werden lassen. Geschäftsmodelle, die auf Ausbeutung basieren, müssen ein Ende finden.

Auf Initiative von Arbeitsminister Hubertus Heil brachte das Kabinett bereits Ende Juli den Gesetzentwurf für mehr Arbeitsschutz in der Fleischindustrie auf den Weg. Damit kommen die notwendigen Veränderungen in unseren Fleischfabriken einen riesigen Schritt voran.

Es geht um ein Verbot von Werkvertrags- und Leiharbeit im Kernbereich der Produktion, ein umfassendes Arbeitsschutzprogramm, das bei-

spielsweise eine elektronische Zeiterfassung vorsieht sowie einen gesetzlichen Rahmen für häufigere und strengere Kontrollen in den Betrieben.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist fest entschlossen, den Gesetzentwurf schnell Gesetz werden zu lassen. Bereits 2021 soll es in Kraft treten, wir werden das parlamentarische Verfahren deshalb sehr zügig beginnen. Die massiven Corona-Ausbrüche in der Fleischindustrie haben den Handlungsdruck für ein neues Gesetz mehr als verdeutlicht.

Das gesamte Geschäftsmodell mit Vertragsketten über Sub-, Sub-Sub- oder Sub-Sub-Sub-Unternehmen und oft mehr als fragwürdigen Unterkünften muss ein Ende haben. Mit einer Abgrenzung von Industrie und Handwerk wird außerdem deutlich, dass es uns um die Fleischfabriken und nicht um den Metzger in der Nachbarschaft geht. Das ist ein wichtiges Zeichen für unser Handwerk.

SPD

Fraktion im
Bundestag

Corona-Pandemie
**Gemeinsam
aus der Krise**

Wir halten zusammen.

Für junge Menschen.

- 👉 **Schutzschirm für Ausbildung** sorgt dafür, dass junge Menschen eine Lehre beginnen und auch zu Ende bringen können.
- 👉 **Nothilfe-Fonds für Studierende** unterstützt beim Lebensunterhalt, wenn der Nebenjob wegen Corona wegfällt.
- 👉 **Sicheres BAföG** fördert Studierende auch dann, wenn das Studium wegen Corona länger dauert.
- 👉 **Unkomplizierte Anpassung der BAföG-Förderung** hilft Studierenden, wenn das Einkommen der Eltern sinkt.
- 👉 **Zuschüsse für gemeinnützige Einrichtungen** sichern Schullandheime, Jugendherbergen und Austauschprogramme.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

09 | 2020



Foto: Bernd Rützel

AUFWERTUNG BAHNHOF GEMÜNDEN

Der Fahrkartenschalter am Bahnhof Gemünden ist jetzt ganz offiziell das Kundenzentrum des Verkehrsverbund Mainfranken (VVM) für Main-Spessart. Als passionierter Bahnfahrer schaue ich regelmäßig bei Andreas Schmidt vorbei. Die Beratung vor Ort kann ich nur empfehlen. Weitere Infos zu den ausgeweiteten Serviceleistungen finden sich im [Artikel der Mainpost](#).

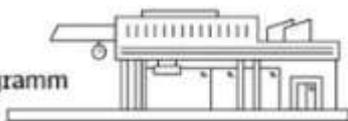


Foto: Büro Rützel

KONJUNKTURMITTEL FÜR BAHNHÖFE

Ende Juni hat der Deutsche Bundestag mit dem Konjunkturpaket eine Vielzahl von Maßnahmen beschlossen, die die deutsche Wirtschaft schnell aus der Krise führen und zukunftsfest machen sollen. Hierzu gehört das „Handwerkerprogramm“, für das der Bund 40 Millionen Euro zur Sanierung von 167 Bahnhöfen zur Verfügung stellt. Einer dieser Bahnhöfe ist Wiesthal. Mit 160.000 Euro sollen dort unter anderem die Bodenbeläge ausgetauscht werden. Auch Kahl am Main und der Würzburger Hauptbahnhof wurden in das Programm aufgenommen.

40-Millionen-Sofortprogramm
startet bundesweit



**Attraktivere Bahnhöfe
in Bayern**

© Deutsche Bahn AG

RUNDER TISCH SINNGRUND-BAHNHÖFE

Der Runde Tisch „Sinngrundbahnhöfe“ ist mittlerweile schon eine Institution. Gemeinsam wollen wir die Barrierefreiheit und den Zustand der Bahnhöfe bei uns im Sinngrund auf Vordermann bringen. Wir, das sind die Abgeordneten aus Bund und Land, die Sinngrund-Bürgermeister in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Main-Spessart und der Deutschen Bahn. Bei unse-



Fotos: Büro Rützel

rem letzten Treffen haben wir uns die Situation am Bahnhof Rieneck angeschaut. Ziel ist es, den Bahnsteig 2 „barrierefreier“ anzubinden. Die Radwegeanbindung und mögliche Fahrradstellplätze im Rahmen der „Bike + Ride-Offensive“ der Deutschen Bahn und des Bundesumweltministeriums waren weitere Themen.



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

09 | 2020

Foto: Bernd Rützel

RADTOUR: 2. ETAPPE DURCH MILTENBERG

Vielen Dank an die Ortsvereine und ihre engagierten Mitglieder, die meine Radtour durch den Landkreis Miltenberg nicht nur begleitet haben, sondern auch dafür sorgten, dass vor Ort viele spannende Gespräche möglich wurden. Meine zweite Etappe führte mich Ende Juli von Miltenberg bis nach Schneeberg:

09:00 Uhr: Miltenberg, Bürgergespräche vor dem Landratsamt (Brückenstr. 2), zusätzlich mit Landrat Jens Marco Scherf

10:30 Uhr: Weilbach, Offene Bürgersprechstunde am Marktplatz/Ortsmitte

11:15 Uhr: Amorbach, Bürgergespräche am Schlossplatz

12:15 Uhr: Schneeberg, Bürgergespräche am neuen Dorfplatz

Ganz besonders gefreut habe ich mich über den Antrittsbesuch bei unserem neuen SPD-Bürgermeister in Weilbach, Robin Haseler. Glück auf, lieber Robin!

VOR ORT AUF DEM BAUERNHOF

Ende August war ich zu Besuch auf dem Hof der Familie Kübert in Karlburg, um die Antwort von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) auf viele Fachfragen einiger Landwirte aus der Region zu Umwelt-, Klima- und landwirtschaftlichen Themen zu übergeben. Wir haben über zwei Stunden diskutiert und ich habe mir natürlich auch den Hof angeschaut. Zum Mainpost-Bericht einfach auf das Foto klicken.



Fotos: SPD Miltenberg



Foto: Bernd Rützel



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

09 | 2020

Foto: Bernd Rützel

WALDBEGANG IM BURGSINNER FORST

Zukunftsweisend, vielfältig, nachhaltig - so arbeiten die Forstarbeiter im Burgsinner Forst. Auf Einladung des Vorsitzenden der SPD Sinnggrund, Christian Gutermuth, war ich gemeinsam mit Martina Fehlner, forstpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion, und einigen Interessierten zur Begehung dort.



Fotos: Büro Rützel

Deutlich wurde, dass der erforderliche Waldumbau in einen klimatoleranten Mischwald eine der Hauptaufgaben ist und auch in Zukunft bleiben wird. Naturverjüngung durch Aufforsten als Mischwald, das Anlegen von Feuchtbiotopen und die ständige Pflege, sind die Maßnahmen auf die Forstbetriebsleiter Hans-Peter Breisch setzt. Gemeinsam mit Burgsinns Bürgermeister Robert Herold, erläuterten sie das Konzept beim Rundgang an mehreren Stationen.

Mehr hierzu [auf meiner Homepage](#).



NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

09 | 2020



Foto: Bernd Rützel

ZU BESUCH IN FRAMMERSBACH

Auf Einladung der Frammersbacher SPD um ihren Vorsitzenden Florian Sauer war ich zu Besuch in der Markt-gemeinde. Die städtebauliche Entwicklung ist vor Ort schon seit geraumer Zeit Thema. Beim Rundgang vom Zentrum über die Parkanlage „Hennedüwedaus“ und den Feuchtwiesenerlebnispfad Richtung Sportzentrum schaute ich mir gemeinsam mit Bürgermeister Christian Holzemer und den SPD-Gemeinderäten Sandra Völp, Karin Schwarzkopf und Florian Sauer (im Bild von rechts) die Fortschritte an.



Foto: Büro Rützel

Programmjahr auf sechs Monate verkürzt und erst im Januar 2021 gestartet. Normalerweise wäre es schon jetzt im August losgegangen. Die für die Schülerin vor der Abreise vorgesehenen Vorbereitungsseminare sind für den Herbst 2020 (September/ Oktober) geplant.

FACHGESPRÄCH IM STAATLICHEN BAUAMT

Aktuelle regionale Bauprojekte im Bereich Straßenbau - diesmal vor allem die Planungs- bzw. Baufortschritte bei Ortsumfahrungen (OU) in den Landkreisen Main-Spessart, Würzburg und Kitzingen - waren Gesprächsgegenstand bei meinem Besuch im Staatlichen Bauamt Würzburg, gemeinsam mit meinem Kollegen aus dem Bayerischen Landtag Volkmarr Halbleib.



Foto: Büro Halbleib

Die Ortsumgehungen für Schaippach und Gemünden, die Linksabbiegespur Gambach und B26n waren die für Main-Spessart wichtigsten Themen.

Mehr hierzu [auf meiner Homepage](#).



Foto: SPD Frammersbach

Zuletzt wurde ein Rad- und Fußweg im Ortszentrum fertig gestellt. Ohne das Förderprogramm „Stadtumbau West“, das von der Rot-Grünen Bundesregierung Anfang der 2000er Jahre eingerichtet wurde, wäre die Umgestaltung so nicht zu schaffen gewesen.

PATENSCHAFT FÜR USA-STIPENDIATIN

Auch in diesem Jahr übernehme ich gerne die Patenschaft für ein Stipendium in den USA. Im Rahmen des Parlamentarischen Partnerschaftsprogramms des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses (kurz: PPP) wird die 16-jährige Gymnasiastin Marjell Hartmann aus Triefenstein-Lengfurt ein halbes Jahr lang in den Vereinigten Staaten zur Schule gehen und bei einer Gastfamilie wohnen. Wegen der anhaltenden Gefährdungslage durch die COVID-19-Pandemie wird das

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

09 | 2020



LÄNDERBERICHT INDIEN

Noch vor ein paar Jahren bestimmten der scheinbar unaufhaltsame ökonomische Aufschwung und die gewachsenen politischen Ambitionen Indiens, das u.a. Atommacht ist, die Berichterstattung. Heute geht es vor allem um das ins Stocken geratene Wirtschaftswunder sowie die gesellschaftlichen Verwerfungen - sei es die massive Korruption, die Kluft zwischen Arm und Reich oder die Unterdrückung von Frauen und Mädchen - oder die Arbeitsbedingungen vor Ort.

Mit Peter Kern, der als Repräsentant der Bundesbank in Indien arbeitet, aus Gemünden-Massenbuch stammt und dort auch noch stark verankert ist, sowie der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Bärbel Kofler, die online aus Traunstein zugeschaltet war, und Michael Biermann, der beruflich viel in Asien unterwegs war und aktuell Kommissarischer Vorsitzender der SPD-AG 60plus in Unterfranken ist, diskutierte ich über all diese Themen und das geplante Lieferkettengesetz.



Unser Fazit: Es kann uns nicht egal sein, unter welchen Bedingungen Waren für den deutschen Markt hergestellt werden - gleich ob es um Schokolade, Schuhe, Kleidung, Kaffee oder vieles mehr geht. Da wir mit dem Prinzip der Freiwilligkeit offensichtlich nicht weiterkommen, muss das Lieferkettengesetz her. Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion im Bundestag werde ich an vorderster Stelle daran mitarbeiten.

[Auf meiner Homepage](#) finden sich Links zu ausführlichen Artikeln der Lokalpresse

PRAKTIKUM IN MEINEM BÜRGERBÜRO

Eine Woche voller Politik erlebte der Schüler Emanuel Wolf aus Aura in meinem Wahlkreisbüro in Gemünden.

Für Politik interessiere er sich schon seit längerem, so der 17-Jährige: „Die Ziele und Grundwerte der SPD sind überzeugend und auch die praktische Politik gefällt mir. Deshalb kam für mich nur ein Praktikum bei Bernd Rützel in Frage.“ Außerdem habe ihn die Aussicht gereizt, den Alltag eines Berufspolitikers kennenzulernen.



„Von Beginn an wurde ich komplett eingespannt mit Recherche- und Schreibearbeiten, Vor- und Nachbereitung von Terminen, Pressearbeit, Fotografieren und vielem mehr“, zeigte sich Wolf begeistert von der Arbeit im Bürgerbüro. Besonders gefallen habe ihm, den Abgeordneten zu einigen Terminen begleiten zu können: „Es war super-interessant beim Waldbegang in Burgsinn so viel Wissenswertes über unseren Forst zu erfahren.“ Beim Termin am Bahnhof Rieneck ging es um Dinge, die uns alle im Alltag betreffen, wie die Radweganbindung und fehlende Fahrradständer, erklärt der Gymnasiast: „Das finde ich toll, dass sich ein Bundestagsabgeordneter auch für vermeintlich kleine Dinge einsetzt.“

Für mich ist es ein Herzensanliegen, das politische Interesse Jugendlicher zu fördern. Gerne gebe ich ihnen daher die Gelegenheit, in Berlin oder im Wahlkreis Einblicke in die Arbeit eines Politikers zu erhalten. Wer sich für Politik interessieren und begeistern kann, ist herzlich eingeladen, sich bei mir für ein Praktikum zu melden.

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

09 | 2020

Martina Fehlner



Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Sprecherin für Tourismus-, Forst- und
Medienpolitik der SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Ausbrüche in deutschen Schlachtbetrieben haben die teils miserablen Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter in den Blick der Öffentlichkeit gerückt. Da liegt die Vermutung nahe: Wo es an Respekt gegenüber den Menschen mangelt, ist es bis zum Tierleid oft nicht weit. Dabei ist es so wichtig, gerade an diesem Ort, wo ein Tier zu Fleisch wird, genau hinzusehen: Wird garantiert, dass die Tiere keinen Stress haben? Sind die Mitarbeiter ausreichend qualifiziert? Ist der Zeitdruck beim Akkord-Schlachten zu hoch? Hier brauchen wir strengere Gesetze und ausreichend Kontrollen. Und noch etwas: Wir müssen unsere vielen kleinen Schlachthöfe erhalten. Mehr Regionalität sorgt für mehr Tierwohl, nicht zuletzt aufgrund der kürzeren Transportwege.

Qualvolle Tiertransporte, die von Bayern aus quer durch die EU und weit darüber hinaus gehen, sind dagegen bis heute traurige Praxis. Zwar existiert mittlerweile eine Länderliste, in die Transporte tabu sind. Doch die Liste ist löchrig. Und der Staatsregierung ist es bislang nicht gelungen, eine Praxis zu verhindern, bei der Tiere in Drittländern einfach umdeklariert und weitergeschickt werden – so geschehen mit einer trächtigen Zuchtkuh aus Miesbach, die letztendlich als Schlachtvieh in Libyen landete. Wir Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion haben bereits vor Monaten Aufklärung dazu gefordert. Die Staatsregierung muss derlei Praktiken unbedingt einen Riegel vorschieben!

Der Leidensweg mancher Tiere beginnt allerdings oft schon im heimischen Stall: So haben vor nicht allzu langer Zeit gleich mehrere Tierschutzskandale in Allgäuer

Milchvieh-Betrieben für Entsetzen gesorgt. In den Medien kursierten Bilder von abgemagerten Kühen in verdreckten Ställen, von Tieren, die mit Traktoren durch den Stall geschleift oder tagelangen Todeskämpfen überlassen wurden. Wieder waren es Großbetriebe. Und wieder schauten die Behörden zu lange zu. Auch hier hat die SPD-Fraktion Aufklärung gefordert.



Es ist der gnadenlose Wettbewerb ums billigste Fleisch, um die günstigste Milch, der derlei Auswüchse begünstigt hat. Es darf nicht sein, dass dieser Preiskampf auf dem Rücken der Tiere ausgetragen wird. Wenn die Bundeslandwirtschaftsministerin jetzt eine Tierwohlabgabe ins Spiel bringt, begrüßen wir das. Es muss aber noch mehr geschehen, auch in Bayern. Meine Fraktion hat jetzt eine Expertenanhörung im Landtag durchgesetzt. Sie soll Vorschläge erarbeiten, wie sich das Tierwohl in Bayern maßgeblich verbessern lässt, welche neuen Perspektiven dies den bayerischen Landwirten eröffnen können und wo entsprechende Förderungen ansetzen müssen.

Für eine Politik, die das Wohl von Mensch und Tier gleichermaßen im Blick hat – dafür werde ich mich auf weiterhin mit ganzer Kraft einsetzen.

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlnr.de

NEWSLETTER

Bernd Rützel, MdB

09 | 2020

Volkmar Halbleib



Landtagsabgeordneter für WÜ-Land
Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt,
Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie
die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge,
Kitzingen und Rhön-Grabfeld

NUR DIE HÄLFTE ALLER SCHULEN IN BAYERN HABEN SCHNELLES INTERNET

Liebe Leserinnen und Leser,

wie wichtig die Digitalisierung im Bildungsbereich werden kann, hat uns die Corona-Pandemie vor Augen geführt. Seit Jahren verspricht die Bayerische Staatsregierung Schulen mit der Infrastruktur für schnelles Internet auszustatten. Dieses Versprechen verfehlt sie bei weitem. Nicht einmal die Hälfte aller Schulen in Bayern verfügt über schnelles Internet. Datenraten sind in privaten Haushalten durchschnittlich höher als an öffentlichen Schulen. Dies hat eine Anfrage aus der SPD-Landtagsfraktion ergeben.

Anstatt die Chancen hier zu ergreifen, haben CSU und Freie Wähler 2019 ihren bayerischen Digitalpakt auslaufen lassen. Als dann der Bund, auf Initiative der SPD, 774 Millionen Euro bereitstellen wollte, hat die Staatsregierung dieses Vorhaben wochenlang hinausgezögert - der dafür nötigen Grundgesetzänderung wollte sie nicht zustimmen. Kommunen und Schulen wurden im Ungewissen stehen gelassen.

Die aktuellen Lücken in der digitalen Infrastruktur der bayerischen Schulen sind Folge der Untätigkeit der Bayerischen Staatsregierung - vom versprochenen Digitalisierungsturbo keine Spur. Es braucht mehr als leere Phrasen des Ministerpräsidenten. Denn: Digitale Bildung eröffnet gerechte Bildungsteilhabe, unabhängig von Wohnort und Geldbeutel der Eltern.

Spätestes Homeschooling hat dies deutlich gemacht. Auch deswegen hat die SPD-Landtagsfraktion vor der Corona-Pandemie sowie im Mai Anträge für digitale Bildung gestellt. Neben der Infrastruktur ist wichtig, Lehrerinnen und Lehrer für den digitalen Unterricht besser aus- und fortzubilden.

ANKÜNDIGUNGSFEUERWERK GEHT NACH HINTEN LOS: PANNE DER STAATS- REGIERUNG BEI CORONA-TESTS

Das Test-Fiasko an den bayerischen Grenzen macht deutlich, dass die Ankündigungen von Ministerpräsident Söder an Umsetzungsproblemen leiden. Über 44.000 Testergebnisse wurden Testpersonen nicht mitgeteilt, davon über 900 Test mit positivem Ergebnis auf COVID-19.

Vollkommen selbstüberzeugt hat Söder mit seinem Versprechen die eigene Verwaltung überfordert, unvorbereitet Tests an den Grenzen angekündigt und damit Mitverantwortung für diese Panne. Auch nach dem riesigen Bock zeigt er keine Demut, meint dagegen, andere Bundesländer in Sachen Corona weiterhin belehren zu können.

Besonders ärgerlich ist, dass die Tests nicht digital, sondern handschriftlich erfasst wurden. Dass in dieser schwierigen Situation anfangs auch noch versucht wurde, den Freiwilligen des Bayerischen Roten Kreuzes und des Technischen Hilfswerks eine Mitverantwortung zu geben, ist moralisch äußerst fragwürdig. Hinzu kommt das Krisenmanagement der Gesundheitsministerin Huml, die in Kenntnis der Panne entschied, die Öffentlichkeit erst Tage später in Kenntnis zu setzen. Die Staatsregierung muss Verantwortung für Bayern übernehmen, anstatt weiterhin die Corona-Oberlehrer zu spielen.

Ihr/Euer

Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buengerbuero-halbleib@t-online.de